

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, Donnerstags und Montags aus-
genommen. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin
10.— M., im voraus zahlbar, von der Expedition selbst abgeholt 8,50 M. Für Ver-
tragnehmer sämtliche Postenstellen Deutschlands eingerechnet. Unter Einzelband
beziehen für Deutschland und Österreich 16,50 M., für das übrige Ausland 21,50 M.,
postfällig. Zahlungsmittel, per Brief für Deutschland und Österreich 20.— M.,
Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin S 2, Breite Straße 5-6.

Die achtseitige Monatszeitschrift über deren Raum kostet 4.— M., einschließlich
Erwerbslosenzulage. Nicht zahlend: Das festgedruckte Wort 1.— M., jedes weitere
Wort 1,50 M., einschließlich Erwerbslosenzulage. Gedruckt in Leipzig bei Carl
Hemmerlins-Verlag und Verlags-Gesellschaft 3,20 M., netto pro Seite. Stellen-Gesuche
in Sonder-Nummern: das festgedruckte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1.— M.,
Fernsprecher: Zentrum Nr. 15230-15239

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Kampfansage an die internationale Reaktion

Rundgebung des Internationalen Gewerkschaftsbundes

Paris, 30. März

Der Internationale Gewerkschaftsbund erläßt aus Anlaß
des 1. Mai eine Proklamation an die Arbeiter der
gesamten Welt. Darin wird u. a. gesagt, in diesem
Jahre müßten die Arbeiterkundgebungen am 1. Mai groß-
artiger denn je werden. Die Reaktion in allen Ländern wies
immer kühner. Die Bourgeoisie widersteht sich mit einer sich
steigernden Energie den gerechten Forderungen der Arbeiter.
Die Arbeiterorganisationen seien von Seiten der Regierun-
gen Reibungen ausgelegt. Die Bemühungen der Vertreter
des Großkapitals, die Regierungen unter Vormundschaft zu
bringen, würden jeden Tag härter. Man müsse sich erinnern
an die Greuelthaten, die gegen die Kameraden in Irland,
in Finnland, in Spanien und in den Vereinig-
ten Staaten begangen worden seien. Man müsse sich
ferner erinnern an den Widerstand, den in allen Ländern die
Verbesserung der sozialdemokratischen Gesetzgebung, nament-
lich aber die Begrenzung der Arbeitszeit erlitt. Schließ-
lich müsse der absolute Mangel an gutem Willen betont wer-
den, den die Leitungen des Völkerbundes zeigten, um die
wirtschaftliche Wiederherstellung Europas
herbeizuführen dadurch, daß sie sich weigern, das Wechselkurs-
Problem zu lösen, daß sie sich ferner weigern, die Verteilung
der Rohmaterialien für die Industrie zu organisieren. Durch
diese Nachlässigkeit der Regierungen und der Kapitalisten
wird sich die Arbeitslosigkeit überall verschärfen und
insolgedessen der schlechte Ernährungszustand in den Ar-
beiterfamilien verewigen.

Ein monarchistischer Putschversuch in Ungarn

Drahtmeldung unseres Korrespondenten.

Buda, 30. März

Der Kaiser Karl II. hat am Montag unternommen, in Budapest
eine Revolution zu machen. Er hat die kaiserliche Regierung
des Reiches gegen sich in die Welt gesetzt. Die
kaiserliche Schwärze hat im Namen des Kaisers
eine Erklärung ab, die die Behauptung bestreitet. Horthy, Graf
Andrássy und Graf Bethlen wollten Karl zur Rückkehr nach Fran-
gis bewegen; er willigte zum Schein ein, fuhr aber nach Stein-
amanger in Westungarn, wo er sich jetzt im Bischofspalast auf-
hält. Seine Rückkehr war vorbereitet durch den Legations-
minister Beniczky, der als Minister des Innern im Kabinett
Friedrich dem Erlkönig einen satzigen, auf Gaspar Kovacs lauten-
den ungarischen Putsch ausgestellt hat, ferner durch Szweeja-
wsi, dem Präsidenten der „Erwachenden Ungarn“ und dem Ge-
neral Puskas. Diese drei Männer sollen verhaftet sein.

In Budapest wurde der Aufenthalt des Erlkönigs geheim-
gehalten, aber Horthy soll ihm untreulich entgegengetreten
sein. Besonnenere Legationisten hatten den Zeitpunkt des Erschei-
nens Karls in Ungarn als schlecht gewählt. Karl weigert
sich, das Land zu verlassen. Es sind sehr ernste Verwickelun-
gen möglich, denn es befinden sich große Terroristen-Gruppen
in der Hand der Legationisten und Landesoffiziervereinigungen.
Die antihabsburgische Bewegung ist republikanisch ge-
färbt. Nach vor dem Putsch trafen Informationen aus Buda-
pest ein, wonach ein bewaffneter Zusammenstoß zwischen der
Habsburgerpartei und den Antihabsburgern bevorstehe. Die
österreichische Regierung ergreift Maßnahmen, um das Ueber-
greifen der Bewegung nach Oesterreich zu hindern. (Steinam-
anger liegt eine Stunde von der österreichischen Grenze entfernt.)

Zur Vorgeschichte des von Karl Habsburg unternommenen
monarchistischen Vorstoßes kann folgendes hinzugefügt
werden:

Bereits vor zwei Monaten ließ der Erlkönig verlauten, daß
er den März für den gegebenen Zeitpunkt seiner Wieder-
kehr halte. Auch Ministerpräsident Teleki war davon
unterrichtet und traf in der Stille alle Vorbereitungen, um
eine reibungslose Thronbesteigung zu ermöglichen. Bei den
Verhandlungen, die kürzlich in dem österreichischen Grenz-
städchen Bruck zwischen Teleki und dem tschechischen Minister-
präsidenten Benesch stattfanden, machte der ungarische
Ministerpräsident den Versuch, die tschechoslowakische Regie-
rung von ihrem schroffen habsburgfeindlichen Standpunkt
abzubringen. Er versprach, die ungarischen Losreihungs-
Bestrebungen in der Slowakei einzustellen, falls die Tschechen
ihresseits ihren Anspruch gegen die Rückkehr Karls zurück-
ziehen würden. Benesch lehnte das natürlich ab.

Trotz dieser unglücklichen Situation hat der Erlkönig nun
das Abenteuer unternommen, das schließlich daran scheiterte,
daß mit Ausnahme des Ministerpräsidenten und einer kleinen
Clique von Aristokraten, Offizieren und Bogromantifemiten

alle Parteien und politischen Gruppen entschieden gegen die
Thronbesteigung Karls Stellung genommen haben. Die
Partei der kleinen Landwirte sagte allen diesbezüglichen
Bestrebungen scharfen Kampf an, die Arbeiterschaft und
das Bauerntum, sowie der demokratisch gesinnte Teil der
Bourgeoisie gaben, als sich das Gerücht von der Rückkehr des
Erlkönigs verbreitete, durch ihre Erregung in unverkenn-
barer Weise ihre Abneigung gegen die verhasste Habsburger
Dynastie zu erkennen. Horthy, der jetzige Diktator Un-
garns, der selber auf den Königsthron verstoßen, hat dem
Habsburger seine unerkennbare Abneigung zu verstehen ge-
geben. Obwohl Karl unter diesen Umständen den Rückzug
antreten mußte, ist das von ihm unternommene Abenteuer
keineswegs erledigt, denn die Meinungsverschiedenheiten
zwischen den Monarchisten sind keineswegs prinzipieller, son-
dern mehr persönlicher und taktischer Natur. Das inter-
nationale Proletariat hat alle Ursache, die weitere Entwick-
lung der Dinge mit größter Aufmerksamkeit zu verfolgen, da
die habsburgischen Umtriebe eine Gefahr nicht nur für Un-
garn, sondern insbesondere für Deutsch-Oesterreich
darstellen.

Keine „Aktion“ in Berlin

Arbeitsaufnahme in allen Betrieben

Wie vorausgesehen war, hat die Groß-Berliner Arbeiterschaft
der Generalstreikpartei der Kommunisten nicht Folge ge-
geben. Haben wir gestern berichtet, daß in einzelnen Betrieben
die Arbeit zum Teil nicht aufgenommen worden ist, so können
wir heute mitteilen, daß in allen Betrieben zum größten Teil
geschlossen die Arbeit wieder aufgenommen worden
ist.

In der Lokomotivfabrik der U. S. G. Werke Hennigsdorf
wurde eine Abstimmung darüber vorgenommen, ob die Beleg-
schaft sich an dem Streik beteiligen soll. Etwa drei Fünftel
sprachen sich gegen den Streik aus. Nachdem der Betriebsrat mit
der Direktion verhandelt hatte, erklärte sich die Direktion bereit,
die gesamte Belegschaft wieder einzustellen. Maßnahmen sollen
nicht vorgenommen werden. Die U. S. G. D. und S. G. D. Be-
triebsräte haben sich verpflichtet, für Ruhe und Sicherheit im Be-
trieb Sorge zu tragen. Der Teil der Belegschaft, der heute nicht
in Hennigsdorf anwesend war, wird demnach morgen früh die Ar-
beit ebenfalls wieder aufnehmen.

In allen anderen U. S. G. Betrieben in Hennigsdorf wurde so-
mit keine Aktion stattgefunden. Das gleiche Resultat er-
reichte auch die U. S. G. D. in den Betrieben der Stadt.

Bei der Firma Bergmann in Köpenick nahmen heute
morgen etwa zwei Drittel der Belegschaft die Arbeit wieder auf.
In dem Betrieb Seebrake der Firma Bergmann wird eben-
falls wieder voll gearbeitet.

Aus den Daimlerwerken in Mariensfeld wird uns
mitgeteilt, daß die Meldungen bürgerlicher Blätter über Ruhe-
störungen und Kasentraub nicht der Wahrheit entsprechen. Bisher
ist in diesem Werk alles ruhig. Heute nachmittag wird die
Belegschaft zum Generalstreik Stellung nehmen.

Zu unserer Notiz über die Werkzeugmaschinenfabrik
Werner, Mariensfeld, ist noch nachzutragen, daß die Arbeits-
losen nicht den Speisesaal verlassen wollten, sondern ledig-
lich verletzten, die arbeitenden Kollegen an der Arbeit zu hindern.
Heute haben selbst die kommunistischen Vertrauensleute die Arbeit
wieder aufgenommen.

Ein Putschversuch in Hannover

Eigene Drahtmeldung der „Freiheit“

Hannover, 30. März

In Göttingen (Hannover) erschien gestern nachmittags 2 Uhr ein
Kommunist, der die Bevölkerung aufforderte, sofort in den
Generalstreik zu treten, zu den Waffen zu greifen und
die Regierung zu kürzen. Die Arbeiter der Werke
Lestonia und Wendland haben daraufhin den Generalstreik be-
schlossen. Wie die Sache sich weiter entwickelt, ist noch nicht zu
ersehen. Unsere Genossen haben sich mit allen Kräften der Putsch-
aufforderung widersetzt. Ob es möglich sein wird, die
Arbeit fortzusetzen, ist noch fraglich, da die Kommunisten, die dort
das Feld beherrschen, mit den härtesten terroristischen
Druckmitteln arbeiten. Die Kommunisten beabsichtigen
auch, die bei Salzweil seit dem Rückzug der russischen Offi-
ziers gegen Polen internierten Bolschewiken zu befreien, da
diese auf ihrer Seite stehen.

Kein Generalstreik in Braunschweig

Drahtmeldung unseres Korrespondenten.

Braunschweig, 30. März

Die hiesigen Kommunisten, die aber gegenüber den Sozialisten
in verschwindernder Minderheit sind, haben gestern Abend in einer
Versammlung beschlossen, auch in Braunschweig den Generalstreik
herbeizuführen. Nach Zeitungsberichten soll das nützlichfalls durch
Gewaltanwendung geschehen. Die beiden sozialistischen
Parteien und das Gewerkschaftsamt stehen dieser
Bestrebung natürlich ablehnend gegenüber.

(Siehe auch 3. Seite.)

Die Lage in Sachsen

Aus Sachsen wird uns geschrieben:

Seit einiger Zeit wird in der bürgerlichen — und neuer-
dings auch in der rechtssozialistischen — Presse über Krisen-
stimmung, Unsicherheit der jetzigen sozialistischen Regierung
und ähnliches orakelt. In der „Dresdner Volkszeitung“ heu-
meierte ein politisch sehr naiver rechtssozialistischer Abge-
ordneter mit offenbar recht schwachen Nerven über die „Un-
haltbarkeit“ der gegenwärtigen parlamentarischen Verhält-
nisse in Sachsen. In der „Chemnitzer Volksstimme“ wurde
dem guten, politisch völlig bedeutungslosen Manne deshalb
bereits das Nötige gesagt. Wir brauchen uns daher in das
völlig sinnlose Gerede rechtssozialistischer Aestheten-Politiker
nicht einzumischen.

Das „Leipziger Tageblatt“, das von dem vorherigen
Finanzminister und jetzigen „demokratischen“ Landtagsabg.
Dr. Reinhold ausgehalten wird, legt sich bereits aufs
Schwindeln, um die Sprengminen besser anzubringen. Es be-
hauptete dieser Tage, das Gesamtministerium habe einige
Gesekentwürfe des Kultusministers Fleißner (den die bür-
gerlichen Herrschaften besonders in ihr Herz geschlossen haben)
abgelehnt. Die Leipziger Tante kombinierte sogar das
Stimmenverhältnis: Gleichheit der Unabhängigen gegen die
Rechtssozialisten. Also natürlich schwere Krisenatmosphäre.
Genosse Fleißner hat in der „Leipziger Volkszeitung“ erklärt,
daß diese Mär glatt erfunden ist. Das sei auch der
„Vossischen Zeitung“ gesagt, die vor einigen Tagen denselben
Kohl nach einem ihr aus Dresden übermittelten Artikel auf-
wärmt, der ihr wahrscheinlich aus derselben Quelle zuge-
tragen wurde, die auch das „L. T.“ damit fütterte. In der
„Vossischen Zeitung“ werden weiter einzelne Vorfälle im
sächsischen Landtag in bezug auf guten Ton als Ereignisse ge-
bucht. — Dinge, die in anderen Parlamenten, auch im
Reichstags, allgewöhnlich, aber als Mittel zum Zweck stark
aufgedunsen sind. Der schwarze Mann der „Vossischen Zei-
tung“ aus Dresden hat auch ausbadower, es seien „An-
zeichen dafür vorhanden, daß Meinungsverschiedenheiten“
innerhalb der U. S. P. vorhanden sind und daß sie sich „ver-
schärfen“. Am Ende reißt er aber die Kasse ganz aus dem
Sack: „es müssen demnach (!) Ne u w a h l e n ausgegeschrieben
werden“.

Es hat keinen Zweck, auf solche Bierbankpolitik einzugehen,
die nur zu deutlich den Wunsch als Vater des Gedankens
verrät. Das ganze Gerede ist nichts weiter als müßige und
im wesentlichen falsche Kombination. Es ist eine bemerkens-
werte, aber für das Proletariat keineswegs un-
angenehme Erscheinung, daß alle unabhängigen Parteien
Sachsens mehr und mehr durch die Maßnahmen der sozialisti-
schen Regierung befreundet werden. Daher auch die
weitere, im Interesse der Klarheit ebenfalls zu begründende
Erscheinung, daß im Landtage in allen wichtigeren Fragen
alle bürgerlichen Fraktionen, von den Deutsch-
nationalen bis zu den Demokraten, eine einzige „re-
aktionäre Masse“ sind. Sie hält zusammen wie die
Ketten, diese Gesellschaft. Das zeigte sich bisher bei allen
bedeutungsvolleren Abstimmungen. Und da kommen
wir auf die Achillesferse der jetzigen Regierung und sozialisti-
schen Parlamentarier, die den Ausgangspunkt der oben-
erwähnten Erörterungen in der Presse bildet.

Die aus Rechtssozialisten, Unabhängigen und Kom-
munisten bestehende Mehrheit des Landtages ist sehr gering.
Sie zählt 49 Abgeordnete, die Bürgerlichen zusammen 47.
Die Kommunisten geben mit ihren 9 Mandaten den Aus-
schlag. Sie haben bisher in allen wichtigeren und kritischen
Fragen die sozialistische Mehrheit gehalten. Es bleibt ihnen,
wenn die Vernunft waltet und das proletarische Interesse
ausgeschlagend sein soll, ja auch gar nichts weiter übrig,
wenn sie der bürgerlichen Reaktion nicht ganz unmittelbar
die Geschäfte besorgen wollen. Trotz alledem ist es mehrfach
vorgekommen, daß Regierungsvorschläge oder Anträge der
sozialistischen Mehrheit mit einer oder einigen Stimmen
bürgerlicher Mehrheit abgelehnt wurden. Es handelt sich
aber in allen diesen Fällen nicht um Fragen, derenwegen
die Konsequenzen gezogen werden müssen.

Natürlich sind derartige Vorgänge fatal und unerwünscht,
wenn sie sich häufen sollten. Darüber aber in große Auf-
regung zu geraten und sich in allerlei Prophezeiungen für
die allernächste Zeit zu ergeben, liegt kein Grund vor. Es
war von vornherein klar und es wurde von sozialistischer
Seite auch damit gerechnet, daß bei dieser kleinen Mehrheit
und bei der Rolle, die den Kommunisten in dieser Konstel-
lation zufällt, Zwischenfälle der fraglichen Art unvermeidbar
sind. Mehrere gleichzeitige Krankheitsfälle in der recht-
sozialistischen Fraktion und einige andere Zufälle führten
solche nun mehrmals herbei. Die Fraktion der U. S. P. ist
keits vollständig auf dem Posten gewesen. Kompliziert wird
die Lage noch dadurch, daß zwei rechtssozialistische Minister
zugleich Landtagsabgeordnete sind, wovon der eine schon seit
Monaten krank in einem sächsischen Sanatorium ist. Er
wird nun bald wieder zurückkehren. In Stelle des inzwischen
verstorbenen Abg. Grenz ist der Nachfolger zu berufen. Dann
ist die volle Präsenz wiederhergestellt. Wenn nicht be-
sondere Umstände eintreten, werden also die bürgerlichen
Herrschaften ihre sehr begrifflichen Wünsche noch eine Zeit-
lang zurückerhalten müssen.

Das sie aber gerade in der jetzigen Situation Morgenluft wittern, kann nicht in Erstaunen setzen. Die sozialistischen Parteien werden jedoch den Zeitpunkt von Neuwahlen so bestimmen, wie er ihnen am zweckmäßigsten erscheint. Die seit der letzten Landtagswahl in Sachsen vollzogenen Gemeinderatswahlen zeigen übrigens, daß besonders die U. S. P. vor Neuwahlen keine Bange zu haben braucht. Bis auf weiteres wird sich die sozialistische Regierung Mühe zu geben haben, alle Maßnahmen so einzurichten, daß ihre Politik als Parole für Neuwahlen den Massen gegenüber bestehen kann. Und das fürchten die Bürgerlichen! Daher ihr inbrünstiges Schreien nach Neuwahlen; sie glauben, daß das für sie je eher, je besser ist. Sie fürchten aber auch die positive gesetzgeberische Arbeit der sozialistischen Mehrheit und Regierung.

Gegenwärtig ist eine gründliche Neugestaltung der Gemeindeverfassung im Werke. Ist die jetzige Regierung imstande, diese wichtige Aufgabe im sozialistischen Sinne noch vor den Neuwahlen zu lösen, dann wäre das von größter Bedeutung für die innerpolitische Entwicklung und Gestaltung Sachsens. Wir hoffen es, den Bürgerlichen bangt davor. Dasselbe trifft zu auf die Lösung der großen Kulturaufgaben in bezug auf Schule und Kirche. Die Reichsverfassung zieht zwar den Ländern Grenzen in dieser Hinsicht, aber es zeigt sich bereits jetzt, daß die zu schaffenden Reichsgesetze immerhin gewissen Spielraum für die Eigenart der Verhältnisse lassen müssen.

Vorläufig ist also eine Auflösung des Landtags nicht zu erwarten, wenn die sozialistischen Parteien in Regierung und Parlament die Homogenität in allen wichtigen und entscheidenden Fragen den Bürgerlichen gegenüber aufrechterhalten. Kommt aber etwa einmal in einer derartigen Frage eine bürgerliche Zufallsmehrheit zustande, dann kann die Regierung zunächst den Volkstschied herbeiführen. Das hätte aber — immer wichtige Fragen vorausgesetzt — nicht viel Sinn. Denn fällt der Volkstschied ungünstig für die Regierung aus, dann muß sie zurücktreten und Neuwahlen werden nötig. Die Wähler müssen also lang hintereinander zweimal an die Urne gehen, die Kräfte würde unnötig verschleut. Ist aber mit einem für die Regierung günstigen Ergebnis zu rechnen, dann ist es schon besser, wenn die Lage gleich von vornherein durch Neuwahl völlig geklärt und vereinfacht wird. Die sozialistischen Parteien würden dann, an Zahl gestärkt, in den neuen Landtag einziehen, und damit wäre auch die Position einer sozialistischen Regierung gesichert.

Die Dinge liegen also in Sachsen ganz klar, keineswegs verworren oder „unsichtbar“, wie es politische Kinder oder mit der bürgerlichen Demokratie Liebäugelnde im rechtssozialistischen Lager in halber Eintracht mit dem bürgerlichen Geschmeiß hinzustellen belieben. Die U. S. P. hat jedenfalls gar keinen Grund, nervös zu werden. Wir werden uns bei Neuwahlen — wann sie auch kommen mögen — in einer guten Position befinden, wenn nicht alle Anzeichen trügen.

Der Wetterprophet

Dr. Riga, 20. März.

In seiner in deutscher Sprache gehaltenen Begrüßungsrede auf dem 10. kommunistischen Parteikongress in Moskau hat der Delegierte des Zentralkomitees der kommunistischen Partei Deutschlands, Geier, u. a. erklärt, daß die gegenwärtig etwa eine halbe Million Glieder kommunistische Arbeiterpartei Deutschlands an die Diktatur des Proletariats nicht mehr wie an ein fernes Ziel denke, sondern als an die nächste aktuelle Aufgabe der Partei. Geier wies darauf hin, daß die Bedeutung der deutschen kommunistischen Partei darauf beruhe, daß sie sich in dieser Frage mit dem russischen Proletariat solidarisch fühle. Der Augenblick werde bald eintreten, wo die deutschen Arbeiter für das, was sie von den russischen Genossen empfangen hätten, sich nicht nur mit Resolutionsen, sondern durch revolutionäre Handlungen Seite an Seite mit dem russischen Volk reuandieren würden. Die innere Lage Deutschlands lasse sich immer mehr zu und der Augenblick des entscheidenden Zusammenstoßes nahe bevor.

Die hier erwähnte Rede Kurt Geiers, über die wir bereits kurz berichteten, wurde bei der Eröffnung des Kongresses von

russischen kommunistischen Partei am 8. März gehalten. Beachtung hat sie aber anscheinend nicht gefunden, da Lenin unmittelbar danach in seiner programmatischen Rede erklärte, daß die russischen Kommunisten in keinem Falle den schnellen Sieg der Weltrevolution in ihre politische Rechnungen aufnehmen dürften. Jetzt hat Geier, der den entscheidenden Zusammenstoß seit fast zwei Jahren regelmäßig alle paar Monate ankündigt, die Genugtuung, seinen Moskauer Vorgesetzten die große kommunistische „Aktion“ in Deutschland zu melden. Ihr Ausgang jedoch rechtferdigt nicht nur die Skepsis Lenins über das schnelle Fortschreiten der Weltrevolution, sie bestätigt auch unser Urteil, daß Geier und seine Freunde keine Führer der Arbeiterklasse, sondern selbstfertige Phantasten und politische Kindschöpfe sind, die nicht nur die deutsche, sondern auch die internationale Arbeiterbewegung auf das schwerste geschädigt haben.

Der reaktionäre Weizen

Mit immer größerer Unverschämtheit versuchen die Deutschnationalen, d. h. Putschaktionen der Kommunisten für ihre eigenen Parteizwecke auszunutzen. „Deutsche Tageszeitung“, „Deutsche Zeitung“ und welche Namen dieses Pöbelgelichter noch immer trägt, verlangen von der Regierung, daß sie mit größter Schärfe gegen die Putschisten aufzutreten, und sie wünschen überdies noch, daß die ganze Arbeiterbewegung von der von ihnen geforderten Ausnahmegesetzgebung getroffen werde. Den Gipfel der Frechheit erreicht Herr Hüllong in der Sächsischen Presse. Dieser Barockschimpf den preussischen Innenminister Severing als einen „Zahlendangestellten“, der „von der Kunst und Ungunst der souveränen Borniertheit lebt und stirbt“ und der hinter den diesen Scheuklappen nichts von alledem sehe, was um ihn herum vorgehe. Die deutschnationale Presse habe tagaus, tagein auf die planmäßige Vorbereitung der kommunistischen Massenverbrechen hingewiesen. Severing aber habe sich auf eine falsche Fährte legen lassen und sei nur gegen die Orgel vorgegangen. Ein Land und Volk könne es sich auf die Dauer nicht gefallen lassen, seine wichtigsten Angelegenheiten von einem Mann verwaltet zu sehen, der sich nur „als ein kleiner Parteianhänger“ fühle. Es lohnt nicht, sich mit Leuten von der Art des Herrn Hüllong zu befassen; das eine kann man nur bemerken, daß es moralisch einwandfrei ist, Angestellter einer Partei, als literarischer Bravo des Herrn Stinnes zu sein.

Die linksstehende bürgerliche Presse verhält sich den reaktionären Bestrebungen gegenüber zum Teil vorläufig noch zurückhaltend. So schreibt die „Gemanja“ in ihrer heutigen Morgenausgabe:

Dieses Bestreben wird in unverantwortlicher Weise erklart durch die Treibereien bestimmter Parteien und ihrer Presse, die auch diese traurige Angelegenheit in der Hauptsache unter parteipolitischen Gesichtswinkel betrachten. Einem Teil der deutschnationalen Zeitungen — nicht allen — scheint die Belämpfung des Aufstandes nichts, die Verleumdung der Regierung dagegen alles zu sein.

Jedermann sieht, daß der kommunistische Spektakel vor dem Ende steht. Trotzdem reden einige Zeitungen von einer Ausdehnung des Aufstandes, wobei die Meldungen mit Fleiß übertrieben werden. Was ist es alles an ganz belanglosen Vorkommnissen in ebenso belanglosen Drittschichten gemacht worden?

Auch die „Vossische Zeitung“ schreibt, daß es sich bei der deutschnationalen Partei und ihrer Presse um eine reine Wahlpolitik handele. Der „Vorwärts“ schließlich bemerkt zu der Hege der reaktionären Presse:

Sie will jetzt ihren Putschgeheim machen, sie will parteipolitisch aus der Verzweiflung der Kommunisten profitieren. In sich ist das begreiflich, denn auch wir haben von Anfang an betont, daß die kommunistische Putscherei Wasser auf die Mühlen der Reaktion lieiere. Die Kommunisten haben freilich diesem Argument gegenüber stets erklärt, es sei ganz gleichgültig, ob eine „sozialistische“ oder reaktionäre Regierung am Ruder sei.

Ob den Kommunisten diese Frage heute noch ebenso gleichgültig ist, wenn sie das Wort und Rachegeheiß der Reaktion spüre, ist eine andere Frage.

Es muß festgestellt werden, daß der Ton, mit dem die

Presse umiertheidet. So berichtet dieses demokratische Blatt heute noch von einer „weiteren Verschärfung der Anstrengungsbewegung“, es lautet jedes brüderliche Wortkommis zu einer gewaltigen Staatsaktion auf. Das „Berliner Tageblatt“ meint zwar am Schluß seiner heutigen Betrachtungen über die Putschbewegung, daß man die sozialistische Arbeiterklasse durch eine militärische Gegenbewegung nicht provozieren dürfe; aber es sorgt selbst durch seine tendenziöse Berichterstattung und durch die Uebertreibung der Vorgänge dafür, daß der reaktionäre Weizen zu blühen beginnt!

Deutschland und die Allierten

Dr. Paris, 20. März.

Wie der „New York Herald“ aus London meldet, ist der deutsche Botschafter, Dr. Sthamer, gestern dort eingetroffen. Er erklärte, daß auch Dr. Mayer sich auf dem Wege nach Paris befindet. Auf der deutschen Botschaft in London wird gleichzeitig erklärt, daß Dr. Sthamer keinerlei neue Vorschläge nach London mitgebracht habe. Die Berliner Regierung nehme eine abwartende Haltung ein. Man geht auf der deutschen Botschaft auch für die unerwartete Rückkehr Dr. Sthamers die Erklärung ab, daß auch der englische und französische Botschafter in Berlin ihre Amtstätigkeit wieder aufgenommen hätten. Die Lage zwischen Deutschland und den Allierten habe keine Veränderung erfahren, wenn auch die bestehenden Differenzen in der Frage der Zwangsmassnahmen und Entschädigungszahlungen so groß seien, daß sie zu einer wirtschaftlichen Störung geführt hätten.

In britischen amtlichen Kreisen erfährt gleichzeitig der Korrespondent des selben Blattes, daß weitere Zwangsmassnahmen gegen Deutschland erst mit dem 1. Mai in Anwendung gebracht werden sollen. Bis dahin würden die Allierten einen vollständigen Plan für die Durchführung des Friedensvertrages ausgearbeitet haben. Einmalen habe sich nur die Botschafterkonferenz mit der Entschädigungs- und Entnazifizierungsfrage zu beschäftigen. Gleichzeitig sei die Botschafterkonferenz in der Lage, die nötigen Massnahmen zur Errichtung der Zollgrenze im Rheinland zu treffen. Auch die oberste Heilige Grenzfrage werde von der Konferenz behandelt werden, doch sei der Bericht der Interalliierten Kommission aus Oberösterreich noch nicht eingetroffen. Von einer Konferenz in Straßburg am Lago Maggiore sei vorherhandelt keine Rede. Sollte Deutschland noch weiter den Vertrag verweigern, so würde es auch weiter bestraft werden. Die Allierten seien überzeugt, daß vor dem 1. Mai Klarheit in allen Fragen geschaffen sein werde.

Der Kongress der J. S. P.

Das genaue Abstimmungsergebnis in Southport über den Antrag auf einen „Ländlichen“ Parteitag, die „Ländliche“ Bewegung auf London 521 gegen 47 Stimmen für die J. S. P. Internationale. Nach einer anderen bürgerlichen Meldung haben sich etwa 20 Prozent der Mitglieder der Partei abgefunden und eine neue Partei gebildet, die sich der englischen kommunistischen Partei anschließen wird.

Lloyd Georges Wahlsparole verunglückt

Der Beschluß der Konferenz der Unabhängigen Arbeiterpartei in Southport, die Bedingungen der Moskauer kommunistischen Internationale nicht anzunehmen, wird von der Presse allgemein erörtert und der vor kurzem gehaltenen Rede Lloyd Georges über die drohende Gefahr von links gegenübergestellt.

„The Worker's Gazette“ stellt fest, daß damit der Angriff Lloyd Georges auf die Arbeiterpartei einfügig sei. Das Mandat des „Ländlichen“ sei nur von dem Wunsch eingeleitet gewesen, eine neue Wahlsparole zu finden. Niemand würde dieses Mandat Lloyd Georges ernsthaft im der Lohnpartei annehmbarer zu machen, habe es ihm auch nicht im geringsten gehoffen. Die Lohnpartei sei der Ansicht, gegen die Arbeiterpartei dürfe nicht angefaßt werden. „The Worker's Standard“ schreibt unter der Überschrift „Lloyd abgelehnt“: Die Zeiten, da eine große Anzahl von englischen Arbeitern Bewunderung und Begeisterung für den Bolschewismus zeigten und ihn als eine aufsteigende neue Macht gegen ein alte Tyrannat ansah, sind vorüber. Es hat sich gezeigt, daß die neue Demokratie für die Massen viel schwerer ist, als die alte.

„Britische Unternehmung vor Eheschließungen.“ Die ärztliche ärztliche Gesundheitsuntersuchung von den Ehegläubigen ist eine der viel umstrittenen Streitfragen in Hoch- und Volkstreffen. Wie wenig sich der Gedanke bisher durchzusetzen vermochte, beweist nach der Mitteilung der „Frankfurter Nachrichten“ vom 6. Januar 1921 die Tatsache, daß in Deutschland von 1000 Ehen im Durchschnitt mindestens 900 geschlossen werden, ohne daß eine ärztliche Untersuchung stattgefunden hätte. Leider hat sich der Staat nicht entschließen können den gesetzlichen Zwang zur ärztlichen Untersuchung der Ehegläubigen einzuführen. Er begnügt sich damit, den Ehegläubigen beim Bestellen des Aufgebots die „Gesundheitsmerkmale für Eheschließende“ zu verabfolgen, in denen auf die gesundheitlichen einwandfreien Vorbedingungen für das Eheleben hingewiesen wird.

Trotzdem ist, wie die „Neue Generation“ dazu bemerkt, den Verlobten die Möglichkeit gegeben, die ärztliche Untersuchung des anderen Teiles zu verlangen. Entschieden doch kürzlich das Kammergericht Berlin dahin, daß es zu den Pflichten eines Verlobten gehöre, sich bei Auftreten bezugsfertigeregender gesundheitlicher Störungen dem Wunsch des anderen Verlobten, sich einer entsprechenden ärztlichen Untersuchung und Begutachtung zu unterziehen, nachzugeben. Diese sei eine Notwendigkeit sowohl zur Hebung des etwaigen Krankheitszustandes, als auch zur Klärung des anderen Verlobten, ob eine Krankheit vorliegt, die vorübergehend oder dauernd die geplante Eheschließung nicht angezeigt erscheinen läßt. Bestehe trotzdem ein Verlobter auf Weigerung einer ärztlichen Untersuchung oder dem Bestehen des Kammergerichts derselben an den anderen Verlobten, so sei darin ein wichtiger Grund zum Rücktritt des Verlobnisses zu sehen, selbst wenn der sich weigernde Verlobte völlig gesund sei. Das Kammergericht ist jedoch nur dann vorhanden, wenn der eine Teil der Verlobten die Aufforderung zur ärztlichen Untersuchung nachdrücklich und wiederholt ausgeprochen und dabei auch darauf hingewiesen hat, daß die Weigerung dazu von ihm als Grund der Lösung des Verlobnisses angesehen werde.

Metropol-Theater. Die Sommerpielzeit wurde Donnerstag, mit einer neuen Operette Franz Lehars „Die blaue Blase“ eröffnet. Was ist das Weinigende an so einem Wert? Die einen sagen die Musik, die andere die Handlung. Welches ist nur bis zu einem gewissen Grade wahr. Innerhalb der Operette hat Lehars auch in diesem Wert den Rang eines Könners. Ich bin ihm anerkennend, seine Melodie nicht so ordinär wie der Berliner Operettenkomponist. Lehars weiß etwas vor oberbairischen Musik, die ausgezeichnete Wiener Tradition hat er nicht ganz vergriffen. Auch die Handlung ist an sich nicht so schlimm, obwohl gerade das Textbuch vor Mozart von den Stein und Holz Lehars ungeschicklich zusammengeschustert ist und dem Komponisten erst vor Schluss Gegenüber zu Laus und Lobern steht. Kein Wunder ist in einer Operette das Menschliche. Der Abschaum der Lebens-

Paul Jech: Verbrüderung

Im Neuen Volkstheater

Die „Volkshöhle E. V.“ hat im „Neuen Volkstheater“ ihre erste literarische Sondervorstellung veranstaltet. Sie hat dazu Paul Jech's „Verbrüderung“ gewählt. Und sie hat dafür eine Art Einstellung oder, wie die Theaterdiener sagten, „Beschreibung“ drucken lassen. In dieser „Beschreibung“ nimmt auch Jech selbst das Wort und sagt unter anderem:

„Wenn Sie also, Bühne für das Volk, mir Mittler sein wollen, mein Wert auf einen Generalrenner zu dringen, wird es nicht so sehr darauf ankommen, die Landschaft der Parodie aufzuzeigen, als vielmehr den Reflex der expressionistischen Spiegelung eines von dem tiefsten Erlebnis bestrittenen Geistes.“

Da ich beim besten Willen weder weiß noch ergründen kann, was sich Jech unter dem Reflex einer expressionistischen Spiegelung eigentlich vorstellt, so kann ich nur erraten, was er eigentlich meint. Und so ist es mit dem Stück selber auch.

Kriml L. Wegner, der die eigentliche Erklärung, laß hätte ich gesagt: Gebrauchsanweisung, geschrieben hat, sagt darin: Jech wolle keine Menschen, sondern „symbolische Vertreter von Ideen“ auf die Bühne bringen. Nun gut. Aber ist damit erfüllt und entschuldigt, daß von diesen Vertretern einer Idee nicht deutsch, sondern eine Sprache geredet wird, die außer Jech kein Mensch versteht? Ich denke, wenn man deutsch deutlich machen und verstehen will (und das will doch wohl Jech?), dann kann man gar nicht einfach, deutlich und verständlich genug reden. Deshalb dann diese gestelzte, dem Alltag (und der Verständlichkeit) entrückte Sprache? Eine gesteigerte, unalltägliche Sprache kann auf der Bühne ihre Berechtigung haben. Künftig dann, wenn es sich um gesteigerte, unalltägliche Dinge, Taten, Gefühle handelt. Ich würde mir also die Sprache Jech's gefallen lassen in den Szenen, in denen die gesteigerten Verbrüderungsgefühle seiner „Ideenvertreter“ zum Ausbruch kommen. Aber er braucht sie dauernd und immer, für die alltäglichen Szenen genau so wie für die gesteigerten. Da unterhalten sich zwei Leute fast einen ganzen Akt lang in den länderlichsten, unverständlichsten Ausdrücken, sie reden von Himmel, Hölle und Hegenheit, von Opfer, Tod und Seligkeit in einer Weise, daß man glaubt, in den beiden da gehen Dinge vor, gegen die die Nord- und Neuseiden von Mackbeth z. B. das reine Laster sind. Und wenn man dann in der „Beschreibung“ nachschlägt, so erfährt man zu seinem Erstaunen, daß es sich ganz einfach darum handelt, daß der eine von beiden, ein Fabrikbesitzer, in die von den Arbeitern in Besitz und Betrieb genommene Fabrik auch noch die Hälfte seines Privatvermögens geben soll und nicht will. Also eine ganz alltägliche Geschäftsangelegen-

heit. Darüber reden die Leute in einer Sprache, die kein in den Dichters Geist noch zu erschaffen wäre, in diesem Jahre aber geradezu allern, fast und gekünstelt wirken muß. Und so wirkt schließlich das ganze Stück, gequält und gekünstelt. Denn, das kommt noch hinzu, die Sprache Jech's, in der die Figuren dieses Stückes fast alle lang in alltäglichen so gut wie in übernatürlichen Situationen reden, diese Sprache ist gar nicht gesteigert und dichterisch konzentriert, sie ist bloß gequält, gekünstelt, unalltäglich und unverständlich. Eine Dichtung kann sich und schwerer verständlich sein aus einem Übermaß von tiefen und schweren Gedanken und Gefühlen. Aber wenn man sich die Mühe macht, in dem Schwall von großen Worten, den Jech über uns ausgießt, nach ihrem eigentlichen Sinn zu lauschen, so findet man Gedanken und Gefühle, die, wie Gott, weder schwer, noch groß, noch tief, noch neu sind, die sich sehr einfach und gut in harmlosem, klarem Deutsch sagen ließen. Weshalb also all das Getöse und Gefasel? Ideen und Gefühle werden dadurch, daß man sie unter bombastischen, großen Worten verpackt, wahrhaftig weder klarer noch erschütternder.

Man nennt Jech unter den Proletarier-Dichtern. Ich fürchte, er gibt das unglückliche Beispiel eines begabten Proletariats, dem die bürgerliche Literatur und vor allem die moderne Literatur zu Kopf gestiegen ist. Denn seine unglückliche Sprache ist ja nichts anderes als eine sehr minderwertige Nachahmung des schon an sich ziemlich fragwürdigen Stils von Carl Sternheim.

Jech sagt an anderem Ort: „Sozialrevolutionäre Schwünge zum Himmelreich auf Erden ist nur dann ein Heilsweg, wenn wir alle erst wieder wie die Kinder werden.“ Ja, lieber guter Paul Jech, glauben Sie, daß Sie auf diesem Wege „wie die Kinder“ werden? Auf diesem Wege würde ich meinsagen.

Die armen Schauspieler wußten mit ihren un-menschlichen Rollen nichts anzufangen. Sie hassen sich dadurch, daß sie alles, was sie selbst nicht verstanden, um so lauter herausbrüllen. Aber verständlicher wurde es dadurch nicht. Aus der Menge hoben sich nur zwei Frauen: Charlotte Schulz und Franze Roloff. Paul Mederow erschien als guter Sprecher.

Die Regie arbeitete mit den nun schon allgemein üblichen, billigen, kitschlich-erpresserischen sogenannten Mitteln.

Die Volkshöhle hat viel Arbeit, Geld und Mühe an dies Experiment verschwendet. Es wird nur in einem Falle nicht verschwendet sein: wenn durch diesen Abend Klarheit darüber geschaffen ist, daß nicht die Zugehörigkeit zu einer Richtung, sondern nur die künstlerische Kraft und die Stärke der menschlichen Genugung einem Werke seinen Wert gibt, und daß ein Expressionist-Epigone nicht auf eine Volkshöhle gehört, auch wenn er zehnmal Sozialist ist. Dieser ganze sogenannte „Expressionismus“ ist eine literarische und keine Angelegenheit des Volkes.

Jans Siemen

